

„Highlights“

Entwurf des Bundeswehr-Weißbuchs

von Michael Haid

Das schon vor langer Zeit angekündigte „Weißbuch zur Sicherheit Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr- Vorläufige Fassung 28. April 2006“ des BMVg liegt nun vor. Das letzte „Weißbuch“ erschien 1994 und ist ein Grundlagendokument zur außen- und militärpolitischen Ausrichtung Deutschlands der kommenden Jahre. Es wird in nächster Zeit noch überarbeitet werden, bis es dann in der einvernehmlichen, von der gesamten Regierungskoalition getragenen, Endfassung erscheinen wird. Der vorliegende Text ist eine Exzerptesammlung um einen ersten Eindruck dieses Dokuments zu vermitteln und auf „Highlights“ dieses Papiers hinzuweisen.

Rohstoffe/Handel

„Deutschland, dessen wirtschaftlicher Wohlstand vom freien Austausch von Rohstoffen, Waren und Ideen abhängt, hat ein elementares Interesse an einem friedlichen Wettbewerb der Gedanken, an einem offenen Welthandelssystem und freien Transportwegen.“ (S. 5)

„Darüber hinaus ist Deutschland aufgrund seines großen Außenhandelsvolumens und der damit verbundenen hohen Abhängigkeit von sicheren Transportwegen und -mitteln in globalem Maßstab verwundbar. Als rohstoffarmes Land ist es in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr abhängig. (...) Verwerfungen im internationalen Beziehungsgefüge, Störungen der Rohstoff- und Warenströme, beispielsweise durch zunehmende Piraterie, und Unterbrechungen der weltweiten Kommunikation bleiben in einer interdependenten Welt nicht ohne Auswirkungen auf nationale Wirtschaftsstrukturen, Wohlstand und sozialen Frieden im Lande und damit auf unsere Sicherheit.“ (S. 8)

„Die Vertiefung und Entwicklung guter Beziehungen zu strategischen Schlüsselstaaten (...) sind wichtige Handlungsfelder deutscher Sicherheitspolitik. Hierbei gilt es wegen der Export- und Rohstoffabhängigkeit Deutschlands, sich insbesondere den Regionen, in denen kritische Rohstoffe und Energieträger gefördert werden zuzuwenden.“ (S. 12)

„Traditionell ist Deutschland eine kon-

tinental Landmacht, die allerdings mehr als 80 Prozent ihres Außenhandels über See abwickelt, und deswegen in besonderem Maße auf freie und sichere Seewege angewiesen ist. Auch aus diesem Grunde ist für Deutschland die Mitgliedschaft in einer Allianz mit bedeutenden maritimen Fähigkeiten und die Wahrung von Interoperabilität mit den Vereinigten Staaten als weltweit führender See-, Luft-, Raum- und Landmacht unverzichtbar.“ (S. 17)

Präventivkrieg/Völkerrecht/Steigbügelhalter UN

„Instrumente der Konfliktprävention und Krisenbewältigung sowie Fähigkeiten zur Friedenskonsolidierung müssen weiterentwickelt werden, das Recht auf Selbstverteidigung präzisiert und präventives Eingreifen auf völkerrechtlich gesicherten Grundlagen geregelt werden.“ (S. 12)

„Die Europäische Sicherheitsstrategie betont das präventive Instrumentarium der Europäischen Union. Der Verweis auf die Charta der Vereinten Nationen verdeutlicht, dass militärische Gewalt nur auf völkerrechtlich legitimerter Grundlage Anwendung finden soll. Sie formuliert Ziele für Europas künftigen Weg zur Förderung von Sicherheit und Stabilität sowie zu einer größeren weltpolitischen Verantwortung. Diese stehen im Einklang mit den Zielen und Interessen deutscher Sicherheitspolitik.“ (S. 29)

„Die einzigartige Bedeutung der Vereinten Nationen besteht darin, einen notwendig werdenden Einsatz militärischer Gewalt mit der völkerrechtlichen Legitimität zu versehen.“ (S. 35)

„Nicht zuletzt auf Grund der Erfahrungen im Kosovo gewinnt auch im Völkerrecht der Gedanke zunehmend Anerkennung, dass die Abwendung von humanitären

Katastrophen, die Bekämpfung terroristischer Bedrohungen und der Schutz der Menschenrechte den Einsatz von Zwangsmaßnahmen erfordern können. Gerade wenn es zum Einsatz militärischer Gewalt kommt, ist die völkerrechtliche Legitimation entscheidend.“ (S. 35)

„Deutschland engagiert sich für eine grundlegende Reform der Vereinten Nationen, die mehr umfassen soll als eine bloße Reform des Sicherheitsrates. Deutschland setzt sich im Rahmen der Erweiterung des Sicherheitsrates für einen ständigen Sitz ein, um zu unterstreichen, dass es seiner Verantwortung in voller Konsequenz nachkommen will.“ (S. 36)

Auch interessant: EU, NATO, etc.

„Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen in Verbindung mit weit reichenden Trägermitteln ist eine potentielle Bedrohung auch für Deutschland.“ (S. 6)

„Deutschland setzt sich als Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens und staatlicher Souveränität zur Wahrung seiner Sicherheit das gesamte Spektrum nationaler Handlungsinstrumente ein. Dazu gehören auch militärische Mittel.“ (S. 9)

„Das gemeinsame Bekenntnis der Bündnispartner zur Kriegsverhinderung, die glaubwürdige Demonstration der Bündnisolidarität und das nukleare Streitkräftepotenzial erfordern auch in Zukunft deutsche Teilhabe an den nuklearen Aufgaben. Dazu gehören die Stationierung von verbündeten Nuklearstreitkräften auf deutschem Boden, die Beteiligung an Konsultationen, Planung sowie die Bereitstellung von Trägermitteln. Im Rahmen einer künftigen Weiterentwicklung des Strategischen Konzepts der Allianz ist auch die künftige Rolle von Nuklearwaffen in Konsultationen in den dafür zuständigen Gremien zu überprüfen.“ (S. 20)

„Deutschlands nationale Interessen sind am besten gemeinsam in einer handlungsfähigen Europäischen Union durchzusetzen. Deshalb ist es das Ziel deutscher Politik, die Europäische Union weiter zu festigen und auszubauen, Auswirkungen von benachbarten Krisenregionen und von destabilisierenden transnationalen Entwicklungen auf die europäische Sicherheit zu begrenzen und Europas sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit zu stärken.“ (S. 26)

Innere Sicherheit

„Infolge der neuartigen Qualität des internationalen Terrorismus sind heute Anschläge Realität geworden, die sich nach Art, Zielsetzung und Intensität mit dem herkömmlichen Begriff des Verteidigungsfalls gleichsetzen lassen. Ohne derartige Extremsituationen in die Betrachtung mit einzubeziehen, ist weder ein angemessenes Verständnis geltenden Verfassungsrechts zu entwickeln noch lässt sich bewerten, ob und inwieweit die gewandelte Sicherheits- und Bedrohungslage verfassungsrechtlichen Änderungsbedarf nach sich zieht.“